

Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt und Anzeiger

erschienen jeden Sonntag nachmittags. — Herausgeber Nr. 11. —
 Hohenstein-Ernstthal, Hauptstraße 14. —
 Verleger: Hermann K. Kretschmer, Hohenstein-Ernstthal.
 — Anzeigen: eingetragene Manuskripte werden nicht zurückge-
 geben. — Einlagen ohne Kassenbuchung finden keine Aufnahme.

Der Ring, Kautschuk, Bergkäse etc. nach der Anzeigens-
 in Rechnung gestellt. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder
 sonstiger irgend welcher Natur der Erfüllung der
 Lieferungen oder der Beförderungsrichtungen — hat der
 Lieferant keinen Anspruch auf Befreiung oder Rückzahlung der
 Leistung oder auf Rückzahlung der Anzahlung.

Hohenstein-Ernstthaler Zeitung, Nachrichten und Neueste Nachrichten

Generalanzeiger für Hohenstein-Ernstthal mit Güttengrund, Oberlungwitz, Gersdorf,
 Bernsdorf, Bernsdorf, Mülsdorf, Langenberg, Meinsdorf, Jallan, Langenschursdorf,
 Mühlbach, Callenberg, Grumbach, Eirschheim, Ruffschappel, St. Egidien, Mühlbrand,
 Gröna, Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Pleißa und Rußdorf.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts, Finanzamt und
 des Stadtrats zu Hohenstein-Ernstthal, sowie der Behörden der umliegenden Ortsgemein-

Druck und Verlag von Dr. Alban Frick.

Verantwortlich für die Schriftleitung Dr. Erich Frick, für die Anzeigen Otto

Nr. 295

Bezugpreis wöchentl. 75 Goldpfennige einchl. Trägerlohn

Donnerstag, den 20. Dezember 1923

Der Preis der einseitigen Anzeigenseite beträgt 15, der
 Rückseite 46 Goldpfennige. Für den Nachweis werden
 16 Goldpfennige berechnet.

73 Jahre

Verhüllte Entscheidung.

Im Landtage sollte, so stand es wenigstens auf
 der Tagesordnung, am Mittwoch die Neuwahl des
 Ministerpräsidenten vorgenommen werden. Im
 Ernst hatte im Landtage niemand damit gerechnet, daß es
 am Mittwoch wirklich zur Wahl kommen würde. Das Be-
 stehen der Sozialdemokraten, die Entscheidung mindestens
 solange hinauszuzögern, bis ihr für den dritten Weihnachts-
 feiertag vorgesehener Parteitag gesprochen hat, war schon
 vorher zu deutlich in Erscheinung getreten. Leider fanden
 sie bei dieser Taktik auch Unterstützung aus einem
 Teile des bürgerlichen Lagers.

Zunächst wurde der Beginn der Sitzung zweimal
 hintereinander um je eine Stunde verlagert. Als dann end-
 lich gegen vier Uhr begonnen wurde, verlangten die Kom-
 munisten, daß auch ihr Auflösungsantrag sofort mit
 auf die Tagesordnung genommen werde. Die Deutsch-
 nationalen erklärten, daß sie auf alle Fälle noch vor
 den Feiertagen über den Auflösungsantrag abgestimmt haben
 wollten. Darauf wurde bei öffentlicher Interessiertheit
 des Hauses in die Erledigung der Tagesordnung einget-
 reten. Die Vorlage über die Auseinandersetzung zwischen
 dem Freistaat Sachsen und dem vormaligen Königs-
 hause wurde, ebenso wie der Antrag auf Ergänzung der
 Geschäftsordnung des Landtages und auf Abänderung des
 Gesetzes über die Aufwandsentschädigung der Abgeordneten
 in den Rechtsausschuss zurückverwiesen. Das gleiche geschah
 mit dem Gesetzentwurf über die Hebertragung des Staat-
 lichen Kohlen- und Elektrizitätsunternehmens an die Aktien-
 gesellschaft „Sächsische Werke“ in Dresden.

Zur Wahl des Ministerpräsidenten stellte
 der Abg. Müller (Soz.) den Antrag, diesen Punkt von
 der Tagesordnung abzusetzen und den Präsidenten zu er-
 mächtigen, eine neue Sitzung zur Vornahme der Minister-
 präsidentenwahl nach seinem Ermessen einzuberufen. Dem
 widersprach der Abg. Beutler (Deutschnat.), der den Ju-
 rantrag stellte, daß diese Sitzung unbedingt noch vor
 den Feiertagen, spätestens am Sonnabend dieser Woche,
 stattfinden müsse. Mit den Stimmen der Sozialdemokraten
 und der Demokraten aber wurde der sozialdemo-
 kratische Antrag angenommen, der es ermöglicht, die Wahl
 des Ministerpräsidenten und die Entscheidung über den Auf-
 lösungsantrag bis in das neue Jahr hinein zu verschieben.

Vor der großen Koalition?

Nach den Verhandlungen, die gestern während der
 zweistündigen Pause der Vollsitzungen zwischen den einzel-
 nen Fraktionen geführt worden sind und die dazu geführt
 haben, daß von der Tagesordnung auch noch die Neu-
 wahl des Ministerpräsidenten abgesetzt wurde, muß ernstlich
 damit gerechnet werden, daß es überhaupt nicht
 zur Auflösung des Landtages kommt.

Innerhalb der sozialdemokratischen Frak-
 tion hat sich der Flügel, der schon seit einiger Zeit zu
 der Einsicht gekommen ist, daß man mit den Methoden des
 Herrn Zeigner nicht ein ganzes Volk regieren kann, endlich
 dazu durchgerungen, Verhandlungen mit den bür-
 gerlichen Parteien über ein eventuelles Zusammen-
 gehen in einer großen Koalition nach dem Vorbilde Preu-
 ßens einzuleiten.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Opposition
 um Liebmann, Graupe, Edel und Artz in den nächsten
 Tagen alle Mienen springen lassen wird, um das zu ver-
 hindern. Die Gegensätze innerhalb der sozialdemokratischen
 Fraktion sind in den letzten Tagen gespannter als
 je geworden, so daß hier mit ersten Konflikten gerechnet
 werden kann. Ob die Sozialdemokratie ihren Plan, einen
 neuen Parteitag zur Entscheidung anzurufen, wird durch-
 führen können, erscheint noch als ungewiß, da die Kosten
 des letzten außerordentlichen Parteitages heute noch nicht
 voll gedeckt sind. Besonders auffällig war in der Vollsitzung
 des Landtages, daß sich die Sozialdemokraten in
 zwei Gruppen gespalten hatten, von denen die
 radikale unter Führung von Liebmann während der Plenar-
 beratung bereits eifrig die Köpfe zusammensteckte und auf-
 gegen verhandelte, während die andere Hälfte sich ihrerseits
 zusammenhielt.

Da die Deutsche Volkspartei 19 und die Demokraten
 8 Abgeordnete im Landtage haben, würde zur Bildung
 einer großen Koalition in Sachsen nötig sein,
 daß von den 40 Sozialdemokraten mindestens 22 auf
 dem gemäßigten Standpunkte stehen. Ob diese Zahl erreicht
 oder eventuell gar überschritten wird, ist zurzeit noch eine
 offene Frage. Von deren Beantwortung wird in der Haupt-
 sache die Bildung einer großen Koalition für Sachsen ab-
 hängen.

Wichtigen Entscheidungen entgegen.

Von unserem Berliner Vertreter.

Wenn man auch in Berlin die Gelegenheit zur direkten
 Aussprache mit Frankreich begrüßt, so verheißt man sich
 doch nicht, was in Wahrheit hinter dem französischen En-
 gagement zu suchen ist. Die Berliner Regierung hat in
 einer Pressebesprechung deutlich darauf hingewiesen. Poin-
 caree steht Schwierigkeiten voraus. Er muß damit rechnen,
 daß sich der „Micum“-Vertrag nicht durchführen lasse, weil
 die deutsche Industrie nicht in der Lage ist, lange 27 Pro-
 zent der Produktion ohne Bezahlung abzugeben. Sie ver-
 sucht vergeblich Kredite zu erlangen, wird also eines Tages
 erklären müssen, nicht die Mittel zu besitzen, weiter die 27
 Prozent aufzubringen. Damit aber wären alle Gewinne, die
 Poincaree angeblich im Ruhrgebiet einheimst hat, von denen
 er Frankreich erzählt und die das Ruhrabenteuer bezahlt
 machen sollten, verloren. Die Frist des Vertrages ist an
 und für sich kurz bemessen. Er läuft am 15. April ab. Selbst
 wenn Frankreich bis dahin die Durchführung der Ver-
 träge mit den schärfsten Mitteln erzwingen würde, müßte
 an diesem Zeitpunkt die Gewaltpolitik zusammenbrechen. Die
 deutsche Regierung soll jetzt hinter die deutsche Industrie
 treten, soll gewissermaßen die Bürgschaft für die Ausfüh-
 rung der Verträge übernehmen. Das ist der Hauptgrund,
 der Poincaree zu direkten Verhandlungen bewog. Er glaubt
 dann mit größerem Nachdruck auf die Erfüllung dieser Ver-
 träge bestehen und vielleicht gar neue Zwangsmaßnahmen
 gegen Deutschland einsehen zu können.

Wenn die deutsche Regierung auch weiß, wohin die
 Reise gehen soll, so will sie doch den Versuch unternehmen,
 die Verhandlungen aus diesem engen Fahrwasser auf ein
 breiteres Gebiet zu lenken. Damit, nur diese Verträge, an
 denen sie nicht mitwirken dürfte, zu sanktionieren, ist ihr nicht
 gebietet. Wohl oder übel glaubt sie die Frage der Ruhr-
 besetzung ansprechen zu müssen. Und sie stützt sich hierbei
 auf die offizielle englische Erklärung, die Frankreich das Recht
 zu dieser Besetzung abspricht. Die deutsche Regierung geht
 daher von dem Gesichtspunkt aus, jedes Abkommen muß,
 wenn es so gesehen wird, als ein freiwilliges gelten, muß
 jedes Zwanges entbehren und als eine Leistung im Rah-
 men der Reparationen gelten. Frankreich hat, sobald fest-
 gestellt wird, daß die Besetzung nicht zu Recht erfolgte, auch
 kein Recht, besondere Vorteile oder gar die Bezahlung der
 Ruhrfraktion zu beanspruchen. Beschränkt das Verhandlungs-
 programm Poincarees die Verhandlungen, so wird Deutsch-
 land bemüht sein, diese Beschränkungen aufzuheben. Und es
 wird dabei immer auf dem Rechtsboden stehen. Denn sach-
 liche Untersuchungen des Ausgangs einer Angelegenheit sind
 immer notwendig, sobald man sie zu einer gesunden Lösung
 führen will. Freilich ist man in Berlin auch davon über-
 zeugt, daß die Verhandlungen sehr bald abgebrochen wer-
 den. Und die Berliner Regierung sieht daher zwei Möglich-
 keiten: Entweder wird durch diese erste Verhandlung eine
 Versprechung aller schwebenden Fragen erreicht oder es kommt
 zum entschiedenen Bruch, den Deutschland auf sich nehmen
 muß, da es unmöglich die Forderungen erfüllen kann, die
 Besetzung der Ruhr als eine Tatsache hinzunehmen, an der
 nicht zu deuteln ist. Deutschland muß Wert darauf legen,
 daß das Ruhrgebiet, die Finanzquelle des nach Einnahmen
 suchenden Reiches, ihm wieder erschlossen wird. Und es wird
 daher mit besonderem Nachdruck darauf hinweisen, niemals
 in der Lage zu sein, Verpflichtungen zu Zahlungen oder
 Bürgschaften, etwa für den „Micum“-Vertrag übernehmen
 zu können, wenn es nicht frei über das Ruhrgebiet und seine
 Wirtschaft verfügen kann. Poincaree hat sich, wohlweislich
 durch die Erwähnung der Militärkontrolle in seiner Ant-
 wort, den Rückzug gesichert, falls er sachlichen Verhand-
 lungen ausweichen will. Der Umstand, daß man in Ber-

lin seine Taktik durchschaut, sich also auf sie einstellen kann,
 muß dazu beitragen, eine Entscheidung zu ermöglichen, die
 in positiver oder negativer Richtung immerhin volle Klar-
 heit bringt.

Erste, entscheidende Auseinandersetzungen, ein diplo-
 matischer Kampf von besonderer Tragweite, ein Kampf um
 die deutsche Souveränität, wird Anfangs Januar seinen An-
 fang nehmen. Inzwischen wird sich die Berliner Regierung
 bemühen, die Fühlung mit den anderen Mächten aufzuneh-
 men und zu versuchen, sie eventuell in die Verhandlungen
 hineinzuziehen. Sie steht auf dem Standpunkt, daß es un-
 möglich sei, über die wichtigen Fragen, auch des Ruhr-
 gebietes, allein mit Frankreich zu sprechen, weil die übrigen
 Mächten ein Interesse an der Lösung dieses Problems
 ebenfalls besitzen. Und sie wird sich bei ihrer Forderung,
 die anderen Mächten heranzuziehen, auf die Erklärung Poin-
 carees stützen, er müsse sich die Entscheidung über Einzelhei-
 ten offen halten nach eingehender Rücksprache mit den Mäch-
 ten. Sehen wir ein, daß die schlechten Aussichten Frank-
 reichs für die Zukunft den Weg zu diesen ersten Verhand-
 lungen ebnet, erkennen wir, wie sich Schwierigkeiten für
 Frankreich heranhäufen: die dauernd zunehmende Mißstim-
 mung infolge der Teuerung, die Frühjahrswahl, die kom-
 mende englische Arbeiterregierung, die wahrscheinlich sich gegen
 die weitere Besetzung der Ruhr wenden, die Gutachten der
 Sachverständigen-Kommissionen der Reparationskommission, so
 erhalten wir daraus schon die Verpflichtung, nunmehr alles
 darauf anzulegen, um den Fragenkomplex der Erörterung
 zu unterbreiten, der zusammengehört, als Einheit behandelt
 werden muß und allein eine Sichtung der verschwommenen
 Verhältnisse in Europa ermöglicht. Die Erklärung der Ber-
 liner Regierung vor der Presse zeigt Entschlossenheit und ist
 als erster Vorstoß aufzufassen. Wir werden wahrscheinlich
 noch ehe die Verhandlungen beginnen, hören, wie Poincaree
 sich bemühen will, die deutsche Pläne zu durchkreuzen. Ab-
 lehnen wird er jetzt die Verhandlungen nicht mehr können,
 denn es ist deutscherseits beabsichtigt, die Fragen zuerst an-
 zuzuhören, die Poincaree aufwirft, und als logische Fol-
 gerung die Besprechung der nebenherlaufenden, mit diesen
 Fragen verquideten Probleme aufzurollen.

Die Rentenmarkt

wird vor der Entwertung gesichert.

Das W. L. B. meldet halbamtlich:

Am Dienstag fand in den Räumen des Reichswirt-
 schaftsrates die erste Aufsichtsratsitzung der Deutsche n
 Rentenbank statt.

Nach einem eingehenden Bericht des Vorstandes über
 die gegenwärtige Geschäftslage und die bisherigen Maß-
 nahmen der Verwaltung wurde in der sich anschließenden
 Aussprache übereinstimmend die Auffassung vertreten, daß
 die Rentenmarkt als das gegenwärtig fest fundierte deutsche
 Zahlungsmittel unbedingt vor allen schädlichen
 Einflüssen bewahrt werden müsse. Im Zusam-
 menhang hiermit wurde ein auf der Tagesordnung stehen-
 der Antrag des Reichsfinanzministers erörtert, der Aufsicht-
 rat solle gemäß §§ 5 und 14 der Satzung den Ber-
 waltungsrat ermächtigen, unter bestimmten Voraussetzungen
 der Reichsregierung einen Zusagekredit über die in der
 Rentenbankverordnung vorgesehenen 1200 Millionen hinaus
 gewähren.

Reichsfinanzminister Dr. Luther vertrat persönlich
 den Antrag, indem er vertrauliche Ausführungen über die
 in den nächsten Wochen und Monaten zu erwartenden
 Reichseinnahmen, sowie über die planmäßig zu erzielenden
 Ersparnisse in den Reichsausgaben machte und insbesondere
 betonte, daß es sich nur um einen vorübergehenden
 Kredit handele, der keine Inflationserwartung habe.

Der Aufsichtsrat folgte jedoch der Anregung des Ber-
 waltungsrates und lehnte nach Anhörung verschiedener
 Redner, die der Besorgnis Ausdruck gaben, daß ein wei-
 terer Reichskredit das Vertrauen in die Rentenmarkt
 untergraben könnte, den Antrag des Reichsministers
 als zurzeit nicht begründet ab.

Mit Bedauern wurde davon Kenntnis genommen,
 daß die Banken teilweise bei der Weitergabe der für die
 Wirtschaft bestimmten Rentenmarktkredite gegenüber dem
 Reichsbankrat von 10 Prozent für das Jahr un-er-